Buchrezension

Dorothea Prütting (Hrsg.), Fachanwaltskommentar Medizinrecht, Luchterhand, 3. Aufl., Köln 2014, 2.980 S., € 169,-

Der Gesundheitssektor ist einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland. Beschäftigungswachstum und Umsatzsteigerung liegen regelmäßig über dem Durchschnitt. Damit einher geht die zunehmende Bedeutung des Medizinrechts, die sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass sich die Anzahl der Fachanwältinnen und Fachanwälte für Medizinrecht von 2006 bis 2014 mehr als verzehnfacht hat.¹

Die Fülle an Fachliteratur, die mittlerweile auf dem Markt ist, zeichnet diese Entwicklung nach. Einige Werke unternehmen den Versuch, das gesamte Medizinrecht in einem Kompendium abzubilden. Dabei hat sich der von Prütting herausgegebene „Fachanwaltskommentar Medizinrecht“ bald nach Erscheinen der 1. Auflage im Jahr 2009 als Standardwerk etablieren können. Seit Kurzem liegt die 3. Auflage vor. Mit einem im Vergleich zur 1. Auflage auf knapp das Doppelte und gegenüber der Voraufgabe immer noch um 500 auf fast 3.000 Seiten gewachsenen Umfang sowie nunmehr 43 Bearbeiterinnen und Bearbeitern aus Professoren-, Richter- und Rechtsanwaltschaft, Bundes- und Landesministerien sowie Kammern, tritt die Neuauflage an, diese Position zu verteidigen.

Die Fachanwaltsordnung verlangt von angehenden Fachanwältinnen und -anwälten für Medizinrecht u.a. besondere Kenntnisse im Strafrecht. Außerdem muss man nicht erst an öffentlichkeitswirksame Fragestellungen, wie die Grenze zwischen Leben und Tod, religiös motivierte Beschneidungen, Unregelmäßigkeiten bei Organtransplantationen oder Korruption in der Ärzteschaft, denken, um die wachsende Bedeutung des Strafrechts im Spannungsfeld zwischen Krankheit und Heilung einerseits und einem immer weiter differenzierten und immense Umsätze generierenden Vergütungssystem andererseits zu erkennen. Dennoch scheinen die Praktikerinnen und Praktiker eines der beiden Rechtsgebiete mit dem jeweils anderen Rechtsgebiet – jenseits von Abrechnungsbetrügereien und Kunstfehlern, bei denen sich eine gewisse Routine entwickelt haben dürfte – immer noch etwas zu „fremdeln“.

Vor diesem Hintergrund soll der „Fachanwaltskommentar Medizinrecht“ betrachtet und hinterfragt werden, ob die Neuauflage auch aus (medizin-)strafrechtlichem Blickwinkel als Referenz gelten kann.

Kommentiert werden zumindest auszugsweise Arzneimittelgesetz (AMG), Apothekengesetz (ApoG), Bundes-Apothekenordnung (BApoO), Bundesärzteordnung (BÄO), BGB (Verjährung, Schadensersatz, Dienstvertrag, Behandlungsvertrag, Gesellschaftsrecht, unerlaubte Handlungen und Patientenverfügung), Bundespflegeverordnung (BpflV), BtMG, Embryonenschutzgesetz (ESchG), Gendiagnostikgesetz (GenDG), Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), GWB, Heilmittelwerbegesetz (HWG), Insolvenzordnung (InsO), Krankenhausentgelt-

gesetz (KHEntgG), Krankenhausgesetz (KHG), Musterberufsordnung für Ärzte (MBO-Ä), Medizinproduktegesetz (MPG), Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG), SGB V, SGB XI, StGB (§§ 203-205, 211, 212, 216, 218-219b, 222-224, 226-229, 263, 266, 278, 299, 300, 323c, 331-336), Transfusionsgesetz (TFG), Transplantationsgesetz (TPG), UWG, Zahnheilkundengesetz (ZHG) und ZPO. Mit dieser umfangreichen Vorschriftensammlung ist der Bereich des nach der Fachanwaltsordnung Erforderlichen mehr als abgedeckt. Aus Sicht des Strafrechts ist hervorzuheben, dass neben den ausgewählten StGB-Normen auch zahlreiche Straf- und Bußgeldtatbestände der Nebengesetze, insbesondere die des BtMG, berücksichtigt wurden. In dieser Breite ist das keineswegs selbstverständlich und dürfte aktuell ein Alleinstellungsmerkmal der Neuauflage sein.

Die Kommentierung des StGB teilen sich *Duttge* und *Tsambikakis*. Das BtMG wird von *Laurinat* bearbeitet. Gerade der anwaltliche Blick der beiden zuletzt genannten Fachleute tut der Darstellung und praktischen Verwertbarkeit besonders gut. So widmet sich *Tsambikakis* ausführlich Inhalt und Grenzen der strafbaren Geheimnisverletzung im Zusammenhang mit der ärztlichen und pflegerischen Berufsausübung. Hier lauern in der Praxis erhebliche strafrechtliche Risiken für die Beteiligten. Sie sind grundsätzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet, wobei die von *Tsambikakis* eingehend untersuchte Grenzziehung (mutmaßliche Einwilligung, Notstand) häufig schwierig ist und bei der Ärzteschaft eine Befugnis sub specie Garantstellung womöglich schnell in eine Pflicht zur Offenbarung umschlagen kann. Daher ist es für die Fallbearbeitung von nicht zu unterschätzendem Vorteil, wenn, wie hier, sogleich auf die entscheidende außerstrafrechtliche Norm (§ 9 MBO-Ä) und ihre Kommentierung zurückgegriffen werden kann.

Überhaupt sind medizinische Sachverhalte erheblich mehr von strafrechtsrelevanten spezialgesetzlichen Sorgfalts- und Verfahrenspflichten geprägt als andere Lebensbereiche. Strafrechtspraktikerinnen und -praktiker sind daher gut beraten, sich bei Rechtsfragen mit Medizinbezug zunächst mit den vielfältigen und oftmals unterschiedlichen Normebenen angehörenden Regelwerken und den gegebenenfalls zuständigen Behörden und Institutionen auf Bundes- und Landesebene zu befassen. Gerade hier liegt dann die Stärke einer Gesamtdarstellung im Allgemeinen und – wegen seiner Vollständigkeit – des vorliegenden „Fachanwaltskommentars“ im Besonderen.

Auch die Bearbeitung der übrigen von *Tsambikakis* übernommenen Straftatbestände erweist sich als gelungen. Übersichtlich strukturiert und konsequent auf praktische medizinrechtliche Fragestellungen (beispielsweise zum Stichwort „Korruption im Gesundheitswesen“) ausgerichtet, bringt er die Kommentierung der §§ 263, 266, 278, 299, 300, 331-336 StGB auf den aktuellen Stand.

Demgegenüber widmet sich *Duttge* vor allem den gegen Leib und Leben gerichteten Delikten. Der Praxisbezug steht auch bei ihm im Vordergrund, zugleich ist der wissenschaftliche Anspruch der Bearbeitung unverkennbar. So findet etwa eine ausführliche Auseinandersetzung mit allen Formen der Sterbehilfe statt, wobei insbesondere die Bedeutung der Pati-

¹ Vgl. http://www.brak.de/w/files/04_fuer_journalisten/statistiken/2014/fa-entwicklung_2014.pdf.

entenverfügung beleuchtet wird. Erneut ist es insoweit hilfreich, dass die Erläuterungen zu § 1901a BGB nur einige hundert Seiten weiter vorn stehen. Bei den Körperverletzungsdelikten befasst sich *Duttge* erwartungsgemäß eingehend und unter jedwedem Blickwinkel mit dem „ärztlichen Heileingriff“. Auch auf die §§ 218 ff. StGB einschließlich des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (dargestellt bei § 219 StGB) geht er sehr detailliert ein. Hervorzuheben sind schließlich der umfangreiche Abschnitt zur „ärztlichen Aufklärungspflicht“ (bei § 228 StGB) und die besonders praxisfreundliche Vielzahl an Rechtsprechungsnachweisen für medizinische Einzelfälle.

Ein erheblicher Mehrwert des „Fachanwaltskommentars“ ist mit der erstmaligen Aufnahme des BtMG verbunden. Die Bearbeitung durch *Laurinat* ist solide und insgesamt gelungen, auch wenn sie nach Umfang und Differenzierung in diesem Rahmen mit reinen BtMG-Kommentaren nicht ganz auf Augenhöhe liegen kann. Daher dürfte sich dieser Abschnitt weniger an Richter, Staatsanwälte oder Strafverteidiger richten, bei denen eine ausreichende Literaturlausstattung zum Betäubungsmittelrecht zu unterstellen ist, als vor allem an Rechtsanwender in Arztpraxen, Krankenhäusern, Unternehmen und Behörden, die eine kurze, fundierte und verbindliche Antwort auf strafrechtliche Fragen mit Betäubungsmittelbezug suchen und deswegen von *Laurinats* klarer und gut strukturierter Darstellungsweise profitieren werden.

Erwähnenswert ist schließlich, dass auch die Straf- und Bußgeldtatbestände des AMG, ApoG, ESchG und HWG eigenständig bearbeitet worden sind. Sogar bei Werken vergleichbaren Umfangs ist das keine Selbstverständlichkeit und muss, sollte es einmal auf diese Vorschriften ankommen, eindeutig als Pluspunkt verbucht werden. Dennoch kann auch der „Fachanwaltskommentar“ nicht sämtliche Deliktstatbestände aller bearbeiteten Gesetze (z.B. GenDG, TPG) berücksichtigen. Das ist zu verschmerzen. Immerhin wurde bei der Auswahl der kommentierten Gesetzesauszüge sorgfältig vorgegangen, so dass sich die straf- oder bußgeldbewehrten Verhaltensnormen stets finden. Die Übertragung auf die Sanktionsnorm, die in der Regel lediglich an einen vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstoß anknüpft, dürfte auch ohne Kommentierung zu meistern sein.

Fazit: Auch die 3. Auflage des „Fachanwaltskommentars Medizinrecht“ ist gelungen und dürfte – wie schon die Vorauflage – in puncto Umfang, Aktualität und Praxistauglichkeit Maßstab unter den medizinrechtlichen Gesamtdarstellungen bleiben. Sehr zu begrüßen ist dabei die Aufwertung, die das Strafrecht erfahren hat. Insoweit kann das Werk sowohl dem medizinrechtlichen Laien, dessen Tätigkeitsschwerpunkt im Strafrecht liegt, als auch dem Medizinrechtsspezialisten, der gelegentlich Sachverhalte strafrechtlich begutachten muss, uneingeschränkt empfohlen werden.

Leitender Ministerialrat Falk Schnabel, Münster